

Statistisches Bundesamt: Bildungsstand. In: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Bildungsstand> (veröffentlicht 2015, abgerufen am 5.3.2016)

Steffan, Elfriede; Körner, Christine; Arsova Netzelmann, Tzvetina: Abschlussbericht zum Projekt Bestandsaufnahme der Angebote der Gesundheitsämter in Deutschland für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter. Berlin 2018

Steffan, Elfriede; Sokolowski, Samanta: Stricherstudie „östliches Ruhrgebiet“ 2008. Studie zur Lebenslage von Strichern/ mann-männlichen Prostituierten im östlichen Ruhrgebiet/ Dortmund: Eine Bedarfsanalyse. Berlin 2008 (www.neonlicht-dortmund.de/SPI_Stricherstudie.pdf; abgerufen am 8.7.2019)

TAMPEP International Foundation: Sex Work in Europe: A mapping of the prostitution scene in 25 European countries. In: <https://www.nswp.org/sites/nswp.org/files/TAMPEP%202009%20European%20Mapping%20Report.pdf> (veröffentlicht 2009; abgerufen am 12.7.2019)

Tünfte, Markus; Apitzsch, Birgit; Shire, Karen: Prostitution und Sexarbeit: alte und neue Kontroversen aus dem Blick der Geschlechterforschung. In: Kortendiek, Beate; Riegraf, Birgit; Sabisch, Katja (Hrsg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden 2019, S. 845-853

Weitzer, Roland: Sociology of Sex Work. In: Annual Review of Sociology 35/2009, S. 213-234

Wright, Michael T.: Die Lebenslage von Strichern in Köln, Düsseldorf und im Ruhrgebiet: Eine Bedarfsanalyse. Berlin 2001 (www2.looks-ev.com/fileadmin/downloads/studie_wright.pdf; abgerufen am 12.7.2019)

ALLGEMEINES

DZI Spenden-Almanach 2020. Hrsg. Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen. Selbstverlag. Berlin 2019, 348 S., EUR 12,80

Der bekannte deutsche Spendenratgeber ist mit seiner 16. Ausgabe jetzt nicht nur inhaltlich, sondern auch äußerlich neu gestaltet erhältlich. Das größere Format und der nun durchgängig farbige Druck machen das Buch noch lesefreundlicher. Der Almanach erscheint nun jeweils im ersten Quartal eines Jahres und stärkt damit sein Profil als Entscheidungshilfe für das Spenden im ganzen Jahresverlauf. Neben ausführlichen Einzelporraits der Spenden-Siegel-Organisationen und Fachbeiträgen zum Spendenwesen beleuchtet ein Interview mit Dr. Wolfgang Jamann, Geschäftsführer des in Berlin ansässigen International Civil Society Center, Fragen zu Herausforderungen und Chancen für zivilgesellschaftliche Organisationen. Es werden thematische Spenden-Tipps gegeben sowie häufig nachgefragte Arbeitshilfen des DZI für Spendenorganisationen im Almanach veröffentlicht. Neu hinzugekommen sind in der Ausgabe 2020 die Empfehlungen für „Spenden an bettelnde Menschen“ sowie die DZI-Checklisten für einen aussagekräftigen Jahresbericht und für eine gute Wirkungsberichterstattung. Der statistische Anhang gibt detaillierte Informationen über die Struktur sowie die Finanzen der Siegel-Organisationen. Der vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) herausgegebene Spenden-Almanach ist als Print-Exemplar im Buchhandel (ISBN 978-3-946 511-03-8) und über das DZI erhältlich. Er kann als E-Book kostenfrei auf der DZI-Website unter www.dzi.de abgerufen werden.

Studie zum Einfluss der Neuen Rechten auf die Soziale Arbeit in Nordrhein-Westfalen. Ausgehend von der Beobachtung, dass seit einigen Jahren in Deutschland und auch in ganz Europa ein Erstarken rechter Positionen um sich greift, untersuchte das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) in Düsseldorf in der Studie „Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 03. Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW“ die Einflüsse des zugrunde gelegten Rechtsrucks auf den Bereich der Sozialen Arbeit in Nordrhein-Westfalen (NRW). Dabei wurde anhand einer Fragebogenerhebung, einer Befragung von Fachkräften und einer Dokumentenanalyse des parlamentarischen Agierens der AfD in NRW festgestellt, dass sich trotz der politischen Sensibilität der Profession auch in der Sozialen Arbeit neurechte Denk- und Handlungsweisen manifestieren, die sowohl auf äußere Einwirkungen als auch auf die diskriminierenden Haltungen interner Mitarbeiter*innen zurückzuführen seien. Besonders augenfällig seien rassistische Argumentationen, die in sämtlichen Formen der Einflussnahme immer wieder aufgerufen würden. Zwei Drittel der befragten Fachkräfte konnten in ihren Regionen Anzeichen für neurechte Aktivitäten

wahrnehmen, die meist von Erwachsenen und nicht von Jugendlichen ausgingen. Besorgnis erregend seien vor allem die Bedrohung einzelner Personen oder Einrichtungen und Angriffe auf das Selbstverständnis einzelner Träger, wobei häufig Arbeitsbereiche wie die Soziale Arbeit im Kontext von Migration und Interkulturalität, die genderbezogene Soziale Arbeit, die Jugendarbeit und Unterstützungsangebote in Armutslagen betroffen seien. Trotz dieser Befunde könne jedoch nicht von einem neurechten Mainstream in der Sozialen Arbeit in NRW die Rede sein. Empfohlen wird, institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die dazu beitragen, Unsicherheiten im Umgang mit den neurechten Agitationen zu überwinden. Links zu einem Impulspapier und zu der vollständigen Studie finden sich unter der Anschrift www.fgw-nrw.de (Forschungsergebnisse/Rechtspopulismus) im Internet. *Quelle: www.fgw-nrw.de*

Ratgeber für Betroffene rassistischer Gewalt.

Für Opfer rassistischer Übergriffe hat der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. in Kooperation mit der Opferberatung Rheinland einen Ratgeber mit Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Die zweiseitige Empfehlung liegt in zehn Sprachen vor, darunter neben Englisch, Französisch und Arabisch auch in Tigrinya, Romanes, Farsi und Kurmanci. Durch einfache Formulierungen und begleitende Illustrationen ist die Handreichung auch für Menschen mit geringen Lesekompetenzen in ihren jeweiligen Muttersprachen verständlich. Die Tipps beziehen sich beispielsweise auf das Verhalten am Tatort, die ärztliche Unterstützung, die Kommunikation mit Familie und Freundeskreis und die Heranziehung der Polizei. Zum Download geht es unter www.verband-brg.de (Material / Publikationen). Unter dem Link „Beratung“ findet sich auf der gleichen Website eine Übersicht über Beratungsstellen in der Bundesrepublik. *Quelle: Infomail des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit 06/2019*

Spendenreport der Zewo. Die Schweizerische Stiftung Zewo, die Hilfswerke in der Schweiz hinsichtlich ihrer Transparenz und Lauterkeit überprüft, und die Organisation Swisfundraising haben die erste Ausgabe ihres Spendenreports veröffentlicht. Diese bietet Informationen zum Spendenverhalten der Schweizer Bevölkerung, zur Art und Weise, wie gemeinnützige Organisationen in der Schweiz Spenden sammeln und zur Medienberichterstattung über das Thema Spenden und Helfen. Darüber hinaus werden unter anderem auch das Spendenvolumen der Hilfswerke in der Schweiz von 2003 bis 2018, die Zusammensetzung der Spendeneinnahmen von zertifizierten Non-Profit-Organisationen in den Jahren 2007 bis 2018 und die Entwicklung der Spendenabhängigkeit Schweizer Hilfswerke im Zeitraum zwischen 2007 und 2018 aufgezeigt. Die den Informationen zugrunde liegenden Studien wurden von der Zewo und Swisfundraising einzeln

oder gemeinsam in Auftrag gegeben. Wer sich für den Spendenreport 2019 interessiert, findet einen Link zu diesem im Internet unter der Anschrift www.zewo.ch/de/der-spendenreport. *Quelle: Mitteilung der Stiftung Zewo vom 19.12.2019*

SOZIALES

Bürgerinitiative „Housing for all“. In Reaktion auf die vielerorts steigenden Mieten wurde im März 2019 die europäische Bürgerinitiative „Housing for all“ mit ihrer deutschen Sektion „Wohnen für alle“ ins Leben gerufen. Sie zielt darauf ab, bis zum 18. März 2020 in mindestens sieben EU-Mitgliedsstaaten mindestens eine Million Unterschriften für bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für das Wohnen zu sammeln. Für Deutschland liegt die Mindestquote bei 72 000 gültigen Stimmen. Wird die genannte Anzahl an Stimmen erreicht, sind die Europäische Kommission und das Europäische Parlament gezwungen zu handeln. Unter anderem fordert die Initiative einen leichteren Zugang zu leistbarem und sozialem Wohnbau, einen besseren Zugang zu EU-Finanzmitteln für gemeinnützige und nachhaltige Wohnbauträger, wettbewerbsgerechte Regeln für Kurzzeitvermietungen und eine statistische Erfassung des Wohnbedarfs in Europa. Auch solle die sogenannte „Schuldenbremse“ Städte und Gemeinden nicht einschränken, wenn sie in sozialen Wohnungsbau investieren wollen. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) stellt für die Kampagne DIN-A5-Flyer und Bierdeckel zur Verfügung, die von den Gliederungen des SoVD per E-Mail an materialbestellung@sovd.de angefordert werden können. Für den Aktionstag „Housing Action Day“ am 28. März dieses Jahres sind europaweit Demonstrationen geplant. Schon im Jahr 2018 forderte der SoVD gutes Wohnen für alle. Sein Impulspapier „Wohnen Sie noch? Oder suchen Sie schon“ und das Gutachten „Wohnverhältnisse in Deutschland. Mietbelastung, soziale Ungleichheit und Armut“ können auf der Internetseite des SoVD unter www.sovd.de/guteswohnen eingesehen werden. *Quelle: SoVD Soziales im Blick Januar 2020*

Lotsenprojekt gegen die Vereinsamung älterer Menschen. Mit einem von der Gertrud-Maria-Doll-Stiftung geförderten Lotsenprojekt möchte das Seniorenzentrum St. Valentin im Karlsruher Stadtteil Daxlanden älteren Menschen dabei helfen, ihre Isolation zu überwinden und am gesellschaftlichen Leben wieder teilzuhaben. Man wolle eine engmaschige Sozialstruktur schaffen, in der die Bewohner*innen voneinander wissen und einander zur Seite stehen. Wenn sie Anzeichen für einen sozialen Rückzug beobachten, können medizinische Fachkräfte, Menschen aus der Nachbarschaft und Vereine dies der Lotsenkoordinatorin mitteilen, die dann zusammen mit den ehrenamtlichen Lotsen zu den Betroffenen geht, um herauszufinden, wo ein Hilfebedarf besteht. Bei den Interventionen kann es sich beispielsweise

um eine regelmäßige Ansprache, um Unterstützung im Haushalt, um Hilfe bei der Nutzung von Gruppenangeboten oder um eine Vermittlung zu lokalen Beratungsstellen und Veranstaltungen handeln. Der Anspruch des als Baustein des Quartiersmanagement konzipierten Projekts besteht darin, das Umfeld der älteren Menschen individuell und nachhaltig zu verbessern und den möglichen negativen Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels entgegenzuwirken. Näheres steht im Internet unter www.caritas-karlsruhe.de (Caritas Karlsruhe/Caritas-Seniorenzentrum St. Valentin/Lotsenprojekt). *Quelle: caritas-mitteilungen für die Erzdiözese Freiburg 4.2019*

Neue Zugänge zur Selbsthilfe für Migrant*innen und für pflegende Angehörige. Da es für pflegende Angehörige und für Menschen mit einer anderen Muttersprache kaum geeignete Selbsthilfegruppen gibt, erproben immer mehr Selbsthilfekontaktstellen neue Wege der Unterstützung. Beispielsweise bauen die Kontaktstellen beim Paritätischen Hessen gemeinsam mit dem Projekt „In-Gang-Setzer®“ des Paritätischen NRW die Selbsthilfeperspektiven für die genannten Zielgruppen durch eine Begleitung in der Anfangsphase der Gruppengründung weiter aus. Da diese in der Regel auf vier Treffen beschränkte Anfangsbegleitung jedoch meist nicht ausreicht, wurde der In-Gang-Setzer-Ansatz in der aktuellen Projektphase (2017-2019) modifiziert. So ist nun für die Initiierung von Selbsthilfegruppen für Migrant*innen und von Gruppen für pflegende Angehörige eine längere Begleitung vorgesehen, bei der die Gruppe von bestimmten Verantwortlichkeiten entlastet bleibt. Bezüglich der Qualifikation der ehrenamtlichen In-Gang-Setzer*innen wird erwartet, dass diese Praxiserfahrung haben und an einer Basisschulung und einem Workshop teilnehmen. Auch die Selbsthilfekontaktstellen sollten bereits über Erfahrung in der Selbsthilfeunterstützung der genannten Zielgruppen verfügen. Die Umsetzung des modifizierten Ansatzes befindet sich derzeit noch in der Erprobungsphase. Durch das bundesweite Projekt der „In-Gang-Setzer®“ wurden seit Projektbeginn im Jahr 2008 bisher mehr als 1000 Selbsthilfegruppen mit einem hohen Anteil an Themen mit Bezug auf psychische Probleme und die Pflege unterstützt. *Quelle: Nakos Info Dezember 2019*

Mobile Peer-Beratung in Nordrhein-Westfalen. Mit einem Peer-Mobil, einem speziell eingerichteten Bus, möchte das Team des Ambulanten Betreuten Wohnens im Johanneswerk Wohnverbund Datteln erwachsenen Menschen mit Handicap und deren Angehörigen die Möglichkeit bieten, eine Peer-Beratung durch Menschen in vergleichbaren Lebenslagen in Anspruch zu nehmen. Da Peer-Beratende über individuelles Erfahrungswissen verfügten, falle es den Ratsuchenden leichter, Vertrauen zu diesen zu fassen. In den ländlichen Randbereichen von Datteln, Waltrop und Haltern, Castrop Rauxel und Oer-Erkenschwick soll das Peer-Mobil an fünf Tagen in

der Woche, wiederkehrend und zu festen Zeiten an festen Haltstellen Halt machen, um eine Anlaufstelle bereitzustellen, wo Begegnungen ermöglicht werden und Vernetzungen zu anderen Institutionen wie beispielsweise zu städtischen Einrichtungen und Schulen sowie Kooperationsprojekte entstehen können. Geplant ist, dass auch die Klient*innen an der Gestaltung des Busprojekts aktiv partizipieren. Auf diese Weise soll das Peer-Mobil dazu beitragen, der durch die mangelnde infrastrukturelle Versorgung in den Randgebieten bedingten sozialen Benachteiligung abzuwehren. *Quelle: Johanneswerk Journal Dezember 2019*

GESUNDHEIT

Materialien zur Stärkung der Elternkompetenz. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Projekts mit einigen Kooperationspartner*innen zum Thema „Seelisch gesund aufwachsen“ hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zehn Kurzfilme für Eltern zur seelischen Entwicklung von Kindern von Geburt an bis zum sechsten Lebensjahr veröffentlicht. Die Doppel-DVD mit diesen Filmen hat eine Gesamtlänge von 250 Minuten und ist jeweils in den Sprachen Deutsch, Arabisch, Englisch, Französisch, Russisch und Türkisch verfügbar. Thematisiert werden beispielsweise das Phänomen des „Fremdelns“, der Umgang mit Ängsten der Kinder und die Vermittlung von Empathie und Konfliktfähigkeit, wobei auf verschiedene kindliche Entwicklungsphasen Bezug genommen wird. Außerdem erfahren Eltern, wie und wo sie bei familiären Problemen Unterstützung erhalten können. Fachkräfte der Frühen Hilfen können die DVD unterstützend in der Elternbildung und der Elternbegleitung einsetzen. Wer die DVD und/oder ergänzende Merkblätter bestellen möchte, kann sich an die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 50819 Köln oder online an www.bzga.de/infomaterialien wenden. *Quelle: Pressemitteilung der BZgA vom 12.12.2019*

Angebote für Geschwister von Kindern mit einer Erkrankung oder einer Behinderung. Nach Schätzungen der Stiftung Familien-Bande leben in Deutschland mehr als zwei Millionen Kinder und Jugendliche mit einem kranken oder behinderten Geschwisterkind. Da einige Studien ergaben, dass diese Kinder verstärkten psychosozialen Belastungen und einem leicht erhöhten Risiko für die Entwicklung eigener psychischer Auffälligkeiten ausgesetzt sind, hat das Institut für Sozialmedizin in der Pädiatrie Augsburg e.V. (ISPA) den Geschwister-CLUB mit seinen zielgruppenspezifischen Hilfeansätzen entwickelt. So können sich Geschwisterkinder im Rahmen eines GeschwisterTAGs vier Mal pro Jahr treffen. Ein Kurs mit der Bezeichnung GeschwisterTREFF hilft bei der Resilienzstärkung und ein GeschwisterCAFÉ ermöglicht durch monatliche Treffen den langfristigen Austausch der Geschwister untereinander. Darüber hinaus finden ein Stressbewältigungstraining, erlebnispäd-

agogische Interventionen für Geschwister ab zwölf Jahren und ein Gruppenangebot für Eltern und Geschwister zwischen drei und sechs Jahren statt. Für Geschwisterkinder mit einem größeren Versorgungsbedarf besteht die Möglichkeit einer individuellen Einzelbetreuung. Geplant ist, die Initiative unter dem Motto „Starke Geschwister“ bundesweit verfügbar zu machen. Hierbei kann das ISPA Einrichtungen, die entsprechende Geschwisterangebote aufbauen möchten, beraten. Ausführlicheres ist im Internet unter der Anschrift www.ispa-institut.de (Geschwisterkinder/Angebote zur Versorgung von Geschwisterkindern) zu finden. *Quelle: impulse 4.2019*

Gesundheitsinformationen in Leichter Sprache.

Um Gesundheitsinformationen in barrierefreier Weise bereitzustellen, hat der Verein Special Olympics Deutschland eine inklusive Webseite in Leichter Sprache freigeschaltet. Diese bietet Menschen mit geistiger Behinderung, eingeschränkter Lesekompetenz oder eingeschränktem Sprachverständnis Zugang zu umfangreichen Hinweisen, Dokumenten und Kontakten zum Thema Gesundheit. So finden sich hier Informationen zu Vorsorgeuntersuchungen, zu einer gesunden Lebensweise und Ernährung, zu Krankheiten und Behandlungsmöglichkeiten und zu den Leistungen der Krankenkasse. Weitere Hinweise beziehen sich auf Möglichkeiten der Entspannung sowie auf die Vorbereitung auf Arztbesuche und auf bestimmte Untersuchungen im Krankenhaus. Ergänzt wird die Internetseite durch ein Wörterbuch mit Erklärungen zu wichtigen Begriffen. Unter der Rubrik „Über uns“ wird auf andere Websites in Leichter Sprache zu den Themen Politik und Recht, Nachrichten und Freizeit hingewiesen. Die in enger Zusammenarbeit mit Betroffenen, der Bundesärztekammer, Berufsverbänden und wissenschaftlichen Fach- und Behindertenverbänden gestaltete Homepage kann unter der Anschrift <https://gesundheit-leicht-verstehen.de> aufgerufen werden. *Quelle: Lebenshilfe Zeitung Dezember 2019*

JUGEND UND FAMILIE

Partizipatives Forschungsprojekt zum Thema Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen in Europa.

Mit dem Ziel, den Kinderschutz und die Umsetzung der Kinderrechte in Europa zu verbessern, fand unter der Leitung des Centre for Children's Rights an der Queen's University in Belfast von Dezember 2017 bis November 2019 das europaweite Forschungsprojekt „Participation for Protection“ (P4P) statt, in dessen Konzeption und Auswertung Kinder und Jugendliche selbst mit eingebunden waren. Während des Projekts wurden 1 274 gewaltbetroffene oder gewaltgefährdete junge Menschen im Alter von acht bis 18 Jahren in Belgien, Deutschland, Großbritannien, Irland, Österreich und Rumänien danach gefragt, was sie unter Gewalt verstehen, was ihnen hilft, Gewalt offenzulegen und welche Unterstützung sie sich als Betroffene wünschen würden.

21.2.2020 Frankfurt am Main. 5. Vereinsrechtstag 2020. Information: Vereinsrechtstag e.V., Universität Osnabrück, Fachbereich Rechtswissenschaften, Lehrstuhl Prof. Dr. Lars Leuschner, 49069 Osnabrück, Tel.: 05 41/96 94 540, E-Mail: info@vereinsrechtstag.de

12.-13.3.2020 Nürnberg. Konferenz: Gegenwart und Zukunft sozialer Dienstleistungsarbeit. Chancen und Risiken der Digitalisierung in Sozialer Arbeit, Pflege und Erziehung. Information: Evangelische Hochschule Nürnberg, Bärenschanzstraße 4, 90429 Nürnberg, Tel.: 09 11/27 25 37 68, E-Mail: carolin.freier@evhn.de

12.-13.3.2020 Berlin. 6. Bewährungshilfetag. Information: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer e.V., Herr Holger Gebert, Clara-Zetkin-Straße 7, 14471 Potsdam, Tel.: 03 31/200 59 18, E-Mail: holger.gebert@sdj.brandenburg.de

17.3.2020 Mainz. Fachtag: Wir geht nur gemeinsam – Integrationspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit. Information: Stiftung Ravensburger Verlag, Robert-Bosch-Straße 1, 88214 Ravensburg, Tel.: 07 51/86 17 56, E-Mail: stiftung@ravensburger.de

18.-19.3.2020 Weimar. Fachtag: Das Betreuungsrecht der Zukunft – Was ist uns wichtig? Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 06 05, E-Mail: info@deutscher-verein.de

19.-20.3.2020 Speyer. Tagung: 3. Speyerer Sozialrechtstage. Gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen als kommunale Aufgabe. Möglichkeiten und Grenzen einer integrierten vorbeugenden Sozialpolitik in den Kommunen aus verfassungs- und sozialrechtlicher Sicht. Information: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Freiherr-vom-Stein-Straße 2, 67346 Speyer, Tel.: 062 32/65 43 59, E-Mail: tagungssekretariat@uni-speyer.de

25.3.2020 Berlin. Fachtag Positionierung der Sozialen Arbeit. Rahmenbedingungen, Anforderungen, Risiken und Chancen in verschiedenen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit. Information: Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG), Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 030/394 06 45 40, E-Mail: info@dvsg.org

24.-26.3.2020 Hannover. Fachmesse: Altenpflege 2020. Netzwerk Zukunft – Mensch. Technik. Pflege. Information: Fachausstellungen Heckmann GmbH, Messegelände, 30521 Hannover, Tel.: 05 11/893 04 00, E-Mail: info@fh.messe.de

26.-27.3.2020 Ulm. Kongress Sozialraumorientierung: Übergänge und Kooperationen zwischen den Fachdisziplinen, Zielgruppen und Institutionen im Sozialraum gestalten. Information: Stadt Ulm, Fachbereich Bildung und Soziales, Frau Andrea Janisch, Tel.: 07 31/161 51 18, E-Mail: a.janisch@ulm.de

Zudem fanden Fokusgruppengespräche mit Kindern und Jugendlichen statt. Dabei stellte sich heraus, dass knapp 80 % der Befragten Gewalt mit körperlicher Gewalt gleichsetzten und nur ungefähr die Hälfte auch die psychische Gewalt miteinbezogen. Vernachlässigung wurde von nur 36 Prozent als eine Form der Gewalt wahrgenommen. Auffallend war die weit verbreitete Akzeptanz von Gewalt. So waren viele Kinder und Jugendliche der Meinung, körperliche Gewalt in der Familie diene nur ihrem Besten. 48 % gaben an, sie würden sich bei Gewalterfahrungen an ihr soziales Umfeld oder an die Polizei wenden. Auf die Frage, aus welchem Grund viele Kinder und Jugendliche keine Hilfe suchen, antworteten 66 %, diese würden befürchten, die Situation dadurch zu verschlimmern, während 38 % vermuteten, sie wüssten nicht, wo sie Hilfe bekommen könnten. Auf Grundlage der Forschungsergebnisse wurden Schulungsmaterialien für Fachkräfte und Informationsmaterial für Kinder und Jugendliche erstellt. Weitere Informationen finden sich im Internet unter www.hs-rm.de/de/fachbereiche/sozialwesen/forschungsprofil/partizipation-von-kindern-im-kindesschutz-participation-for-protection-p4p. *Quelle: Pressemitteilung der Hochschule RheinMain vom 17.12.2019*

Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung für Grundschul Kinder.

Mit Blick auf die Koalitionsvereinbarungen der CDU/CSU und der SPD, in denen vorgesehen ist, bis zum Jahr 2025 einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Kinder im Grundschulalter einzuführen, hat der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Empfehlungen zu dessen Implementierung veröffentlicht. Besonderes Augenmerk liegt auf den Fragen, wie das Anliegen juristisch verbindlich gestaltet und wie unter Beibehaltung der länderspezifischen Vielfalt bundesweit eine annähernd gleichwertige Qualität der Angebote sichergestellt werden kann. Dabei geht es im Einzelnen um die Argumente für die Einführung des Rechtsanspruchs, um dessen konzeptionelle Rahmung und um die aktuelle Betreuungssituation in der Grundschule. Weitere Überlegungen befassen sich beispielsweise mit der Finanzierung, mit der Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe, mit der Evaluation und dem Monitoring sowie mit der Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften. Die kompletten Empfehlungen des Deutschen Vereins stehen im Internet unter der Anschrift www.deutscher-verein.de (Empfehlungen/Stellungnahmen/2019) zum Abruf bereit. *Quelle: Internetseite des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.*

Informationen zum Datenschutz an Schulen.

Nachdem durch den im Mai 2019 in Kraft getretenen „DigitalPakt Schule“ finanzielle Unterstützung für die Beschäftigung von IT-Expert*innen an Schulen ermöglicht wird, hat der Verein Digitalcourage e.V. das zehnteilige Falblatt „Datenschutz an Schulen“ konzipiert,

das aufzeigt, wie sensible Daten von Schüler*innen besser geschützt werden können. Bei den Themen handelt es sich um den DigitalPakt, um die digitale Verwaltung und Schulclouds, um digitale Lernplattformen und Apps sowie um Fragen hinsichtlich der richtigen Hard- und Software. Weitere Tipps beziehen sich auf die Kommunikation mit Schüler*innen, Eltern sowie Kolleg*innen und auf pädagogische Aspekte. Bestellungen werden unter der Internetanschrift <https://shop.digitalcourage.de/infoblatt-datenschutz-an-schulen.html> entgegengenommen. *Quelle: Pressemitteilung von Digitalcourage e.V. vom 16.12.2019*

Evaluation der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in zwei Bundesasylzentren (BAZ).

Durch den seit dem Jahr 2015 steigenden Anteil der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden in der Schweiz entstehen vielfältige Herausforderungen im Hinblick auf eine Kindeswohlorientierte Betreuung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen. Kinderschutzrechtlich steht der Staat in der Pflicht, für die jungen Neuankömmlinge ab ihrer Ankunft eine außerordentliche, bedingungslose und individuelle Sorge zu tragen. Laut einer Evaluation der ZHAW bleibt jedoch zu wenig Zeit für eine angemessene Einzelfallarbeit. Überdies werde der Beziehungsaufbau durch das geringe Vertrauen der Jugendlichen und durch die begrenzte Zeit im BAZ erschwert. Als abträglich erwiesen sich auch die kaum strukturierten Schutzkonzepte zur Erkennung und Bearbeitung spezifischer Risiken, die stark begrenzten Personalressourcen, der Mangel an kindgerechten Räumen und die fehlenden Abläufe für ein interdisziplinäres Arbeiten. Zugleich bleibe ungeklärt, wer für die Kontrolle der Kindes- und Altersgerechtigkeit in den BAZ zuständig ist. Die ZHAW empfiehlt, die personellen Ressourcen für die sozialpädagogische Betreuung zu erhöhen, die Schnittstelle zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zu pflegen und eine unabhängige Aufsichtsstelle über Kindes- und Altersgerechtigkeit zu etablieren. In Reaktion auf die Erkenntnisse der ZHAW hat das Staatssekretariat für Migration, in dessen Auftrag die Evaluation durchgeführt wurde, damit begonnen, verschiedene Anpassungen vorzunehmen. Genaueres ist im Internet unter www.zhaw.ch/uma zu finden. *Quelle: Magazin der ZAHW Soziale Arbeit, Winter 2019/2020*

Hilfestellung zu einer inklusiven Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Um die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, in der auch das Ziel der Inklusion genannt wird, voranzubringen, hat die Organisation Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev) in einer dreijährigen Zusammenarbeit mit zwei Grundschulen eine Broschüre erarbeitet, die Grundschulpraktische Anregungen zur Verankerung einer inklusiven Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an die Hand gibt. BNE zielt darauf ab, die Zukunftsfähigkeit

unserer Gesellschaft zu stärken, indem die Lebens- und Überlebensbedingungen für die heutigen und zukünftigen Generationen global gesichert werden sollen. Die Handreichung „Bildung für nachhaltige Entwicklung inklusiv als Aufgabe der ganzen Schule“, mit der das Arbeiten mit globalen Themen in heterogenen Klassen unterstützt wird, kann ab sofort für 10 Euro zzgl. Versandkosten bei bezev bestellt werden. Siehe auch www.bezev.de/de/home/bildungsarbeit-fuer-nachhaltige-entwicklung (Schulische Bildungsarbeit/Beratung und Kooperation: Whole School Approach). *Quelle: www.wusgermany.de*

Neue Runde des Wettbewerbs „Berliner Klima Schulen“. Mit dem Wettbewerb „Berliner Klima Schulen“ würdigen das Land Berlin und die GASAG AG seit dem Jahr 2008 engagierte Berliner Schulen für ihre Auseinandersetzung mit dem Thema Klimaschutz. An der aktuellen, noch bis zum 4. Mai 2020 laufenden Ausschreibung können Teams beziehungsweise Klassen, Kurse oder Arbeitsgemeinschaften der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen mit ihren Projekten teilnehmen. Gesucht werden Initiativen in den Kategorien „die Nachhaltigen“, „die Sparsamen“, „die Technischen“ und „die Vermittelnden“, die sich auf originelle, partizipative, kompetente und kommunikative Weise um den Klimaschutz verdient machen. Die Teams sind angehalten, über die Social-Media-Plattform Instagram und den Hashtag #klimachallenge andere dazu aufzufordern, sich am Klimaschutz zu beteiligen. Jedoch ist eine Verbreitung der jeweiligen Ideen über Instagram für eine Teilnahme am Wettbewerb nicht zwingend erforderlich. Zum Anmeldebogen führt der Internetlink www.berliner-klimaschulen.de/downloads. *Quelle: www.dkjs.de*

weit rund 3 300 zugewanderte Menschen die BOF-Kurse besucht, wobei rund die Hälfte der Absolvent*innen eine Ausbildung oder eine Einstiegsqualifizierung aufnehmen konnten. Anträge können beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gestellt werden und müssen online über die Plattform easy-Online und zusätzlich postalisch eingereicht werden. Nähere Informationen stehen unter der Anschrift www.bibb.de/pressemitteilung:118694.php im Internet. *Quelle: Mitteilung des BIBB vom 8.1.2020*

Neue Kampagne des Street Colleges in Berlin. Mit einer neuen Kampagne unter dem Motto „#MACH-DOCHWASDUWILLST“ möchte das Street College in Berlin Jugendliche und junge Erwachsene dazu ermutigen, unkonventionelle Wege zu beschreiten. Auf der Internetseite der alternativen Bildungseinrichtung, die unter www.streetcollege.de zu finden ist, erzählen Prominente in ein- bis eineinhalbminütigen Clips von ihren eigenen ungewöhnlichen Lebens- und Karrierewegen, um aufzuzeigen, dass Erfolg und Selbstverwirklichung sehr individuell gedeutet werden können. Den Start machte die US-amerikanische Multimediakünstlerin, Theaterschauspielerin und Musikerin Danielle de Picciotto, die gemeinsam mit Dr. Motte im Jahr 1989 die Loveparade gegründet hat. In weiteren Kurzfilmen geht es beispielsweise um die Biografien des Hair & Make-up Artists Boris Entrup und der Gründerin des Berliner Tangelofts Mona Isabelle. Die Bildungsangebote des Street Colleges Berlin stehen allen Interessierten offen und zielen darauf ab, einen Wiedereinstieg in das reguläre Bildungssystem zu ermöglichen. *Quelle: Pressemitteilung des Street Colleges Berlin vom 19.12.2019*

AUSBILDUNG UND BERUF

Fortsetzung der Berufsorientierung für Flüchtlinge. Laut einer Ende Dezember 2019 veröffentlichten neuen Förderrichtlinie können Kurse im Rahmen des Programms „Berufsorientierung für Flüchtlinge“ (BOF) bis Ende des Jahres 2021 durchgeführt werden. Mit den 13- bis 26-wöchigen, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten BOF-Kursen werden nicht mehr schulpflichtige geflüchtete und zugewanderte Menschen mit Unterstützungsbedarf in Lehrwerkstätten und Betrieben auf ihrem Weg in eine Ausbildung begleitet. Neben einem vorbereitenden sprach- und berufsbezogenen Fachunterricht finden Werkstatttage statt, in denen jeweils ein bis drei präferierte Ausbildungsberufe vorgestellt werden. Zudem erhalten die Neuankömmlinge eine individuelle sozialpädagogische Betreuung, um die Vermittlung in eine Ausbildung oder eine Einstiegsqualifizierung zu erleichtern. Voraussetzungen für die Teilnahme an einer BOF sind deutsche Sprachkenntnisse, schulische Grundkenntnisse sowie personale, soziale und methodische Kompetenzen. Bisher haben bundes-